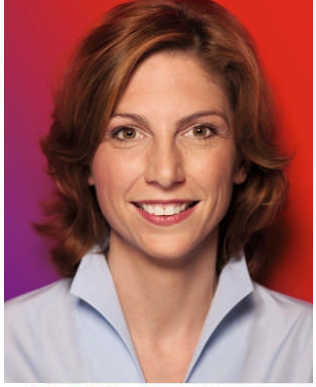
23 / 2014 www.SBL2013.de 13.06.14

Infoservice



Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
so- nun hat sie also begonnen die Fußball-WM2014!!
Und ja- das ist durchaus politisch. Zum einen beobachten wir mit Sorge die Tumulte in Brasilien und die damit einhergehende Gewalt, zum anderen hoffen wir auf eine friedliche WM, insbesondere frei von Fangewalt.
Dafür haben wir zu meiner Zeit im Sportausschuss auch immer gearbeitet- insbesondere gegen Rassismus und Homophobie. Und im Fußball bewegt sich tatsächlich was- im Gegensatz zu einem Ortsbürgermeister aus dem benachbarten Westerwaldkreis, der die Strafbarkeit von Homosexualität wieder haben will!
Da fehlen einem echt die Worte und es stellen sich mir die Nackenhaare auf! In einem öffentlichen Amt hat so jemand jedenfalls nix zu suchen! Hoffe, dass die Verantwortlichen durchgreifen. Null Toleranz für solche Dumpfbacken!
Herzlichst
eure Sabine

Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma02@bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma01@bundestag.de

Topthema

Mindestlohn – Kommunale Haushalte werden entlastet!

Der Subventionierung von Dumpinglöhnen auf Kosten des Steuerzahlers wird mit dem Mindestlohn endlich ein Riegel vorgeschoben. Der Mindestlohn hilft deshalb nicht nur Geringverdienern, sondern er entlastet kommunale Haushalte erheblich.
So schafft er mehr Spielraum für dringend erforderliche Investitionen der Kommunen in Bildung und Infrastruktur in ganz Deutschland.
Exemplarisch verdeutlichen dies Berechnungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes für Nordrhein-Westfalen. Danach müssen rund 850 Millionen Euro jährlich von Land und Bund aufgebracht werden, um sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse mit Hartz-IV-Leistungen aufzustocken.
Dies wird sich mit der Einführung des Mindestlohnes ändern. Im Sommer 2013 erhielten 115.000 Beschäftigte in Nordrhein-Westfalen (NRW), die allein von ihrem Arbeitseinkommen nicht leben konnten, ergänzende Hartz IV-Leistungen. Darüber hinaus bezogen rund 127.000 Minijobber in NRW Mietkostenzuschüsse ihrer Kommunen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund verweist auf die Mietkosten, die größtenteils von den Kommunen bezahlt werden müssen und derzeit in NRW etwa 500 Millionen Euro pro Jahr betragen.
Der Mindestlohn hilft ab 2015 klammen Kommunen im ganzen Bundesgebiet und trägt zur Entlastung der Kommunen von einer sozialpolitischen Aufgabe bei, die von ihnen allein kaum zu bewältigen ist. Oberhausen zahlt beispielsweise jährlich rund 6,5 Millionen Euro an Wohnkosten, Gelsenkirchen fast zehn Millionen. Städte mit hoher Arbeitslosigkeit oder hohen Mieten sind besonders betroffen: Köln mit 42 Millionen Euro, Dortmund mit 24 Millionen Euro und Düsseldorf mit 23 Millionen Euro jährlich. Dass die öffentliche Hand ein Gewinner des Mindestlohns ist, wird auch durch das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg unterstrichen. Zum einen wird der Staat durch den Mindestlohn weniger für Hartz IV ausgeben müssen, zum anderen erzielt er Mehreinnahmen durch Steuern und Sozialversicherungsbeiträge. Die Kommunen werden so spürbar und dauerhaft entlastet.
Sie gewinnen damit finanziellen Spielraum für dringend erforderliche Investitionen in ihre Infrastruktur – wie Schulen, Kitas oder Straßen. Damit können Städte und Gemeinden ihre originären Aufgaben besser wahrnehmen und müssen nicht weiter Lohndumping subventionieren.

Menschenrechte

Kinderarbeit – Da wird die Zukunft verbaut!

Weltweit muss ausbeuterische Kinderarbeit beseitigt werden. Darin sind sich zum internationalen Tag gegen Kinderarbeit viele einig. Gefordert sind allerdings nicht nur die Länder, in denen Minderjährige meist aus Armut und Not zur Arbeit gezwungen sind. Gefordert sind auch Handel, Industrie und Verbraucher in den reichen Ländern, die von niedrigen Warenpreisen profitieren. Nach den Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO 138 und 182 ist Kinderarbeit ein Verbrechen.
Nach wie vor werden aber in der EU viele Produkte gehandelt, die aus ausbeuterischer Kinderarbeit entstanden sind.
Auch auf dem deutschen Markt landen solche Produkte: Grabsteine aus Indien, Kakao aus Ghana, Haselnüsse aus der Türkei.
Unsere Bundestagsfraktion setzt sich auf nationaler wie internationaler Ebene entschieden gegen Kinderarbeit ein. Weltweit arbeiten etwa 170 Millionen Kinder, häufig unter sklavenähnlichen Bedingungen. Sie können nicht oder nur zeitweise die Schule besuchen; die Chance auf eine bessere Zukunft wird ihnen so verbaut. So hat die türkische Haselnuss auf dem Weltmarkt einen Anteil von 75 Prozent. Geschätzt sind zehn Prozent der Beschäftigten auf den Plantagen Kinder unter 16 Jahren, viele unter 14 Jahren. Trotz Schulpflicht in der Türkei verlieren sie während der Ernte mehrere Monate Schulzeit. Die Haselnüsse werden überwiegend in der internationalen Süßwarenindustrie verarbeitet.
Wir treten dafür ein, dass Unternehmen alle Produktionsschritte kontrollieren, um ein sauberes Endprodukt anbieten zu können. Ein einheitliches Zertifizierungssystem für die gesamte Produktions- und

Lieferkette von Produkten wäre ein wichtiger Schritt. Notwendig sind auch eine bessere Aufklärung von Verbraucherinnen und Verbrauchern und insbesondere von Kindern und Jugendlichen über Produkte aus Kinderarbeit und deren Hintergründe.

Europa

Korruption – Nicht vom hohen Ross blicken!

Die Initiative von EU-Innenkommissarin Cecilia Malmström zur Korruptionsbekämpfung ist ein notwendiger Schritt auf einem langen europäischen Weg. Jährlich richtet Korruption in der Europäischen Union einen volkswirtschaftlichen Schaden in dreistelliger Milliardenhöhe an. Dabei sollten die Deutschen nicht vom hohen Ross auf andere Mitgliedsstaaten herunterblicken.

Innenkommissarin Malmström hat die Bedrohung, die Korruption darstellt, konkret benannt. Korruption gefährdet dabei nicht nur den Wettbewerb, wenn Ausschreibungen verzerrt werden, sie setzt auch Mechanismen des Rechtsstaats außer Kraft und schädigt das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in staatliche Institutionen und die öffentliche Hand.

Die große mediale Aufmerksamkeit für einzelne, besonders prominente Korruptionsfälle aus der Politik und den Spitzen von Verwaltung und Verbänden täuscht dabei leicht darüber hinweg, dass auch durch ‚kleinere Fische' großer Schaden entsteht.

Die Schätzung der EU-Kommission, dass der europaweite Schaden sich auf eine Summe von etwa 120 Milliarden Euro jährlich belaufe, zeigt die tatsächliche Dimension. Dieser Betrag entspricht fast dem jährlichen Haushalt der EU.

Es ist folgerichtig, europaweit dagegen vorzugehen. In Deutschland sollte dabei im Übrigen die eigene Leistung bei der Korruptionsbekämpfung kritisch hinterfragt werden.

Eine wachsende Zahl aufgedeckter Fälle und immer wieder aufs Neue auftretende Enthüllungen im Umfeld großer Bauvorhaben machen deutlich, dass auch hierzulande Bestechung und Vorteilsnahme längst nicht so selten sind, wie man angesichts des Blicks in internationale Vergleichsindizes vielleicht meinen könnte.

Bildung

BAFöG – Das wird modernisiert und erhöht!

Die nun vorgestellte fünfte Allensbach-Studie „Studienbedingungen 2014" bestätigt einmal mehr die Bedeutung des BAföG als Finanzierungsquelle für Studierende und die Notwendigkeit einer Modernisierung und substanziellen Erhöhung.

Sie belegt Defizite bei der Inanspruchnahme der Stipendien in Deutschland und zeigt, dass das BAföG insbesondere für Studierende, deren Eltern nicht bereits über einen Hochschulabschluss verfügen, unverzichtbar ist. Die Große Koalition hat deswegen die Weichen gestellt, um dieses Instrument weiter zu stärken: Das BAföG wird zu einer Bundesleistung und spätestens zum Wintersemester 2016/2017 modernisiert und substanziell erhöht.

Damit bleibt den Studierenden dauerhaft diese wichtige Finanzierungsquelle erhalten und wird zusätzlich an die Lebens- und Studienbedingungen angepasst. Der Befund der Studie, dass immer mehr Bachelor-Studierende sich durch ihr Studium nicht ausreichend auf ihren Beruf vorbereitet fühlen, erscheint bedenklich. Für die Bildungspolitik bedeutet dies vor allem zwei Dinge: Die Bologna-Reform muss einerseits mit der Vorlage des nächsten Umsetzungsberichts in diesem Jahr umfassend ausgewertet und gegebenenfalls weiter entwickelt werden. Andererseits muss auf die steigende Nachfrage der Studierenden nach einem Master-Studium eingegangen werden. Hierfür sind zusätzliche Studienkapazitäten aufzubauen. Mit der Fortsetzung des Hochschulpakts und dem Einstieg des Bundes in die Grundfinanzierung der Hochschulen wollen wir die Länder bei dieser Aufgabe unterstützen.

Europa

Jean-Claude Juncker – Endlich Farbe bekennen!

Die Alternative für Deutschland (AfD) wurde jetzt offiziell in die Fraktion der Europäischen Konservativen (EKR) im Europäischen Parlament aufgenommen. Den größten Anteil der europaskeptischen EKR-Fraktion stellen die britischen Tories von David Cameron. Sie hatten sich 2009 aus der Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP), der CDU und CSU angehören, verabschiedet. Die Zeit der Kompromisse ist vorbei. Die Europäische Volkspartei muss endlich Farbe bekennen und sich klar für ihren Spitzenkandidaten Jean-Claude Juncker aussprechen.

Die Unterstützung von Sozialdemokraten, Liberalen und Grünen im Europäischen Parlament hat er bereits. Einen Kompromiss mit den europaskeptischen Konservativen, zu denen nun offiziell auch die AfD und die stramm rechten „Wahren Finnen" gehören, lehnen wir entschieden ab. Für Deals mit der „Alternative für Deutschland" stehen wir nicht zur Verfügung.

Dies sollte auch für die Christdemokraten in Europa gelten. Wir lassen uns nicht die politischen Prioritäten der Zukunft und die personelle Aufstellung der EU von einer rechtskonservativen Fraktion der Europa-Gegner diktieren.

Gesundheit

Pflege – Die Leistungen werden ab 2015 deutlich verbessert!

Der Haushaltsausschuss hat den Etat des Bundesministeriums für Gesundheit mit rund 11,05 Milliarden Euro beschlossen und damit den Ausbau der Pflege in Deutschland gestärkt. Noch in diesem Jahr werden die benötigten drei Millionen Euro für den Start der Pflegekampagne bereitgestellt. Dies ist das Ergebnis unserer Initiative in der Großen Koalition. Für Pflegebedürftige und deren Angehörige werden wir die Leistungen zum 1. Januar 2015 deutlich verbessern. Somit setzen wir unsere langjährigen sozialdemokratischen Forderungen durch. Wir freuen uns, dass es gelungen ist, im Rahmen der Pflegekampagne zwei Millionen Euro für Programmmaßnahmen sowie zur Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffes bereitzustellen. Ebenfalls erfahren Pflege- sowie andere Gesundheits- und Sozialberufe eine Aufwertung, indem wir eine Million Euro für Fachkampagnen bereitstellen.

Dies ist wichtig für die Attraktivität und insbesondere für die Wertschätzung der Pflegeberufe. Mehr junge Menschen sollen für eine pflegerische Ausbildung geworben werden. Berufseinsteiger sollen mit einer Tätigkeit im Gesundheits-, Pflege- und Sozialbereich breite gesellschaftliche Anerkennung erfahren und auch zukünftig Jobperspektiven in sozialen Berufsfeldern erkennen.

Bonbon

„Wenn es losgeht, werden wir auch den WM-Turbo zünden!"

(Joachim Löw, Bundestrainer)

Termine

13.06.14	**19.00 Uhr**	**50-jähriges Jubiläumsfest Etzbach**
14.06.14	**14.00 Uhr**	**Modenschau KiTa Etzbach**
16.06.14	*10.00 Uhr*	*Bahnlärm-Konferenz Lahnstein*
18.06.14	*11.00 Uhr*	*Otto-Wels-Preis, Atelier Leuzbach*
	15.00 Uhr	*Betreuungsverein AK*
20.06.14	**11.00 Uhr**	**Fußballaktion Weltladen Betzdorf**

ACHTUNG: *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**